

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 51/2021

23. Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Neufassung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Erhebung von Verwaltungskosten (Kostensatzung – KostS) vom 2. Juli 2021 A 806

Bekanntmachung des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 vom 6. Dezember 2021 A 809

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ Feststellung der Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan für den Abwasserzweckverband „Wilde Sau“ für das Jahr 2022 vom 6. Dezember 2021 A 810

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 und über dessen öffentliche Auslegung vom 5. Dezember 2021 A 811

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen zur öffentlichen Auslegung der Vierten Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau vom 13. Dezember 2021 A 812

Bekanntmachung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen zur Veröffentlichung des Bedarfsplans gemäß § 99 Absatz 1 Satz 7 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 8. Dezember 2021 A 813

Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Feststellung des Jahresabschlusses 2020 vom 8. Dezember 2021 A 814

Bekanntmachung des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Beteiligungsbericht 2020 vom 23. November 2021 A 815

Bekanntmachung des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 vom 23. November 2021 A 816

Bekanntmachung der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2020 vom 16. November 2021 A 817

Haushaltssatzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) für das Haushaltsjahr 2022 vom 22. November 2021 A 820

Gerichte

Aufgebotsverfahren A 821

Zivilgericht A 826

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Neufassung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Erhebung von Verwaltungskosten (Kostensatzung – KostS)

Vom 2. Juli 2021

Aufgrund von § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 4 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, und §§ 2 Absatz 1, 8a Absatz 1 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen in ihrer Sitzung am 2. Juli 2021 die folgende Neufassung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Erhebung von Verwaltungskosten beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Im Rahmen der Wahrnehmung von individuell zu-rechenbaren öffentlich-rechtlichen Leistungen erhebt der Abwasserzweckverband Lungwitztal-Steegenwiesen für seine Amtshandlungen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Tätigkeiten in weisungsfreien Angelegenheiten Verwaltungsgebühren und Auslagen (Verwaltungskosten) nach den Vorschriften dieser Satzung.

(2) Unberührt bleiben die Kostenregelungen in der Abwasserabgabenabwälzungssatzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen in der jeweils gültigen Fassung.

§ 2 Anwendungsvorschriften des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes

Auf die Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagen finden die §§ 2, 3 Absatz 4 bis 6, § 4 Absatz 2, 3 und 5, §§ 6 bis 9, 11 bis 13, 15, 16, 17 Absatz 1 bis 3 und 5, §§ 18 bis 20, 22 und 23 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes (SächsVwKG) vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechende Anwendung.

§ 3 Höhe der Verwaltungsgebühren und Schreibauslagen; Kostenverzeichnis

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren und Schreibauslagen bemessen sich nach dem Kostenverzeichnis (KVZ) der Anlage zu dieser Satzung. Die Mindestgebühr beträgt 10 EUR, sofern im Kostenverzeichnis nichts Abweichendes bestimmt ist oder sich dies aus Abs. 2 ergibt.

(2) Für öffentlich-rechtliche Leistungen i.S. von § 2 Abs. 1 SächsVwKG, die nicht im KVZ enthalten sind, wird eine Verwaltungsgebühr erhoben, die nach einer im KVZ vergleichbaren öffentlich-rechtlichen Leistung i.S. von § 2 Abs. 1 SächsVwKG zu bemessen ist. Fehlt eine vergleichbare öffentlich-rechtliche Leistung i.S. von § 2 Abs. 1 SächsVwKG, wird eine Verwaltungsgebühr bis zu 50.000 EUR erhoben.

(3) Bei der Berechnung der Höhe als Zeitgebühr gemäß § 4 Abs. 3 Alt. 2 SächsVwKG sind die ermittelten Pauschalen der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Festlegung von Verwaltungsgebühren sowie Benutzungsgebühren und Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV Kostenfestlegung) vom 8. Mai 2020 (SächsABl. S. 560) in der am 1. Juni 2020 geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

§ 4 Stundung, Niederschlagung und Erlass

Für Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen aus dem Aufkommen an Verwaltungsgebühren und Auslagen gelten die Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts.

§ 5 Fehlerhafte Verwaltungskostenfestsetzungen

Fehlerhafte Verwaltungskostenfestsetzungen können von der Verwaltungskostenfestsetzungsbehörde innerhalb der Festsetzungsfrist geändert werden; die Befugnisse der Rechtsaufsichtsbehörde bleiben unberührt.

§ 6 Mahnung und Vollstreckung

Für die Kosten der Mahnung und Vollstreckung gelten die Vorschriften des SächsVwKG und die hierzu erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7
Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Abwasserzweckverbandes „Lungwitztal-Steegenwiesen“ über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung – KostS) vom 28. Mai 2014 außer Kraft.

Remse, Ortsteil Weidensdorf, den 2. Juli 2021

Abwasserzweckverband Lungwitztal-Steegenwiesen
Röthig
Verbandsvorsitzender

Anlage

(zu § 3 Absatz 1)

Kostenverzeichnis (KVZ)

Tarif- stelle	Gegenstand	Gebühren bzw. Schreibauslagen in EUR
1	Allgemeine öffentlich-rechtliche Leistungen i. S. von § 2 Abs. 1 SächsVwKG	
1.1	Erteilung einer Bescheinigung	5 bis 140
1.2	Einsichtgewährung, Auskünfte	
1.2.1	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Bücher, soweit die Einsicht nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird	1 je Akte oder Buch, mindestens 8
1.2.2	Erteilung von Auskünften, die über § 11 Abs. 1 Nr. 6 SächsVwKG hinausgehen	25 bis 550
1.3	Überlassung von Akten für die Verfolgung von Ansprüchen und Interessen	10 bis 60
1.4	Fristverlängerungen	
1.4.1	Verlängerung der Frist, deren Ablauf einen neuen Antrag auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung erforderlich machen würde	10 % bis 25 % der für die Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung vorgesehenen Gebühr,
1.4.2	Verlängerung einer Frist in anderen Fällen	5 bis 30
1.5	Erteilung einer Zweitschrift	10 % bis 50 % der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr Anmerkung: Ist die Erteilung der Erstschrift gebührenfrei, beträgt die Gebühr 0,75 je angefangene Seite
1.6	Aufnahme einer Niederschrift	4 bis 50 je angefangene Stunde, mindestens 8
2	Schreibauslagen für die Bereitstellung von Ausfertigungen und Abschriften	
2.1	ohne Berücksichtigung der Art der Herstellung für die ersten 50 Seiten	0,50 je Seite
2.2	Für jede weitere Seite	0,15 Anmerkung: Angefangene Seiten werden voll berechnet.
2.3	Ausfertigung und Abschrift für Lehr-, Studien- und ähnliche Zwecke	0,05 je angefangene Seite
2.4	Ausfertigung und Abschrift in elektronischer Form	2,50 je Datei
2.5	Anfertigung einer besonders zeitraubenden oder kostspieligen Ausfertigung oder Abschrift	Schreibauslagen nach den Tarifstelle Nr. 2.1 und 2.2 können bis auf das 5-fache erhöht werden

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:

Nach § 47 Absatz 2 Satz 1, § 5 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020

Vom 6. Dezember 2021

Der Kulturkonvent des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen hat in seiner 30. Sitzung am 3. Dezember 2021 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 festgestellt.

Gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 88c Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des

Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, wird der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 mit Rechenschaftsbericht und Anhang liegt ab sofort zur öffentlichen Einsichtnahme dauerhaft im Kultursekretariat, Am Mörbitzbach 10 in 09557 Flöha zu den üblichen Geschäftszeiten aus.

Flöha, den 6. Dezember 2021

Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen
M. Damm
Vorsitzender des Kulturkonventes
Landrat des Landkreises Mittelsachsen

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ Feststellung der Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan für den Abwasserzweckverband „Wilde Sau“ für das Jahr 2022

Vom 6. Dezember 2021

Aufgrund von		Mittelzu-/Mittelabfluss aus Investitions-	
1.	§ 60 Absatz 1 und § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl., S. 270);	tätigkeit	-1.803.000 €
2.	§ 74 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl., S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist	Mittelzu-/Mittelabfluss aus Finanzie-	-1.568.400 €
3.	§ 20 sowie §§ 17 und 18 der Verbandssatzung vom 29. September 2015 (SächsABl. 2015, S. 1750 ff) zuletzt geändert am 29. September 2015 (SächsABl. 52/2015 vom 27.12.2015, S. 1855) hat die Verbandsversammlung am 28. Oktober 2021 folgende Haushaltssatzung nebst Wirtschaftsplan beschlossen:	rungstätigkeit	
§ 1		§ 2	
Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt:		Es werden außerdem festgesetzt:	
1.	im Erfolgsplan	1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen
	die Erträge		0 €
	die Aufwendungen	2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
	Jahresergebnis		0 €
2.	im Liquiditätsplan	3.	die Betriebskostenumlage für die Stadt Wilsdruff
	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		240.379 €
			die Betriebskostenumlage für die Stadt Tharandt
			9.021 €
		4.	Umlage der Gemeinde Klipphausen für Einleitung der Abwässer
			162.200 €
		5.	Finanzierungskostenumlage
			0 €
		6.	der Höchstbetrag an Kassenkrediten
			300.000 €
		§ 3	
		Die Haushaltssatzung nebst Wirtschaftsplan (Anlage) tritt, entsprechend § 76 Abs. 3 Satz 1 der SächsGemO, am 1. Januar 2022 in Kraft.	

Wilsdruff, den 6. Dezember 2021

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Andreas Clausnitzer
Verbandsvorsitzender

Mit Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde vom 2. Dezember 2021 wurde die Rechtmäßigkeit der Haushaltssatzung 2022 sowie des Wirtschaftsplanes mit Anlagen bestätigt.

Die Satzung wurde ausgefertigt und wird öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachung erfolgt hiermit gemäß

den Festlegungen der Sächsischen Gemeindeordnung in der geltenden Fassung unter dem Hinweis, dass die Haushaltssatzung 2022 einschließlich des Wirtschaftsplanes in der Zeit vom 3. Januar 2022 bis einschließlich 11. Januar 2022 zu den üblichen Dienstzeiten zur kostenlosen Einsicht in der Geschäftsstelle des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ ausliegt.

Wilsdruff, den 7. Dezember 2021

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Andreas Clausnitzer
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 und über dessen öffentliche Auslegung

Vom 5. Dezember 2021

Gemäß § 88c Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen am 3. Dezember 2021 in öffentlicher Sitzung unter Kenntnisnahme des Ergebnisses der örtlichen Prüfung den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 mit Beschluss Nummer VII/VV 06/02/2021 wie folgt festgestellt:

Ergebnisrechnung:

ordentliche Erträge	1.060.257,29 EUR
ordentliche Aufwendungen	1.121.795,08 EUR
ordentliches Ergebnis	-61.537,79 EUR
außerordentliche Erträge	1,00 EUR
außerordentliche Aufwendungen	6,00 EUR
Sonderergebnis	-5,00 EUR
Gesamtergebnis	-61.542,79 EUR

Verwendung des Jahresergebnisses (nachrichtlich):

Der Fehlbetrag des Gesamtergebnisses wird in voller Höhe von 61.542,79 € gemäß § 12 Abs. 3 SächsLPIG i. V. m. § 72 Abs. 3 Satz 1 SächsGemO mit dem Basiskapital verrechnet.

Finanzrechnung:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.057.952,10 EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.107.613,71 EUR
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-49.661,61 EUR
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	41.808,94 EUR
Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	-41.808,94 EUR
Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	151,45 EUR
Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	0,00 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	151,45 EUR
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	-91.319,10 EUR

Vermögensrechnung:

AKTIVA

1. Anlagevermögen	56.323,91 EUR
2. Umlaufvermögen	906.107,70 EUR
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	8.061,78 EUR

Bilanzsumme AKTIVA 970.493,39 EUR

PASSIVA

1. Kapitalpositionen	958.781,99 EUR
darunter	
Basiskapital	958.781,99 EUR
Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00 EUR
Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00 EUR
2. Sonderposten	60,17 EUR
3. Rückstellungen	6.800,00 EUR
4. Verbindlichkeiten	4.851,23 EUR
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 EUR

Bilanzsumme PASSIVA 970.493,39 EUR

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leipzig örtlich geprüft. Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2020 des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen hat entsprechend dem Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamts zu keinen wesentlichen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss 2020 kann im Zeitraum

von Montag, dem 3. Januar 2022,
bis Dienstag, dem 11. Januar 2022,

in der nachfolgend genannten Dienststelle kostenlos sowie auf der Homepage des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen (www.rpv-west-sachsen.de) eingesehen werden:

Regionaler Planungsverband Leipzig-West-sachsen
Regionale Planungsstelle Leipzig
Haus A8, Zimmer 137
Bautzner Straße 67A, 04347 Leipzig
Tel.: (0341) 33 74 16 20
Fax: (0341) 33 74 16 33

Montag	9:00–11:30 Uhr und 12:00–14:00 Uhr
Dienstag	9:00–11:30 Uhr und 12:00–14:00 Uhr
Mittwoch	9:00–11:30 Uhr und 12:00–14:00 Uhr
Donnerstag	9:00–11:30 Uhr und 12:00–14:00 Uhr
Freitag	9:00–11:30 Uhr

Eventuelle Kosten, die bei der Einsichtnahme entstehen, werden nicht erstattet.

Leipzig, den 5. Dezember 2021

Regionaler Planungsverband Leipzig-West-sachsen
Henry Graichen
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen
zur öffentlichen Auslegung der Vierten Fortschreibung
des Nahverkehrsplanes für den Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau**

Vom 13. Dezember 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Schreiben vom 25. Oktober 2021 die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses der Verbandversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) Nummer ZVMS-16/21 über die Vierte Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau (2021–2025) bestätigt.

Gemäß § 4 Absatz 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufstellung von Nahverkehrsplänen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vom 15. Oktober 1997 (Sächs-

GVBl. S. 587) ist der Nahverkehrsplan durch öffentliche Auslegung bekannt zu machen.

Die Vierte Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau kann auf der Internetpräsenz des Verkehrsverbundes Mittelsachsen unter <https://www.vms.de/vms/nahverkehrsplan/> ab sofort eingesehen werden. Eine persönliche Einsichtnahme in den Geschäftsräumen des ZVMS ist aufgrund der aktuellen Pandemielage nicht möglich.

Chemnitz, den 13. Dezember 2021

Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
Dr. Christoph Scheurer
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen
zur Veröffentlichung des Bedarfsplans gemäß § 99 Absatz 1
Satz 7 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch**

Vom 8. Dezember 2021

Auf Grundlage der Bedarfsplanungs-Richtlinie vom 20. Dezember 2012, die zuletzt durch den Beschluss vom 15. Juli 2021 (BAnz AT 29.09.2021 B2) geändert worden und am 30. September 2021 in Kraft getreten ist, hat die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen gemäß § 4 Absatz 1 Satz 5 der Bedarfsplanungs-Richtlinie die Grundsätze zur regionalen Versorgung sowie systematische Abweichungen von der Bedarfsplanungs-Richtlinie in einem Zeitabstand von drei bis fünf Jahren zu prüfen und im Sächsischen Bedarfsplan aufzunehmen. Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen hat im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen in Sachsen und den Ersatzkassen (LSVK) auf Grundlage der Bedarfsplanungs-Richtlinie einen neuen Bedarfsplan aufgestellt.

Dabei wurde durch eine Anpassung der räumlichen Zuschnitte bei der Arztgruppe der Augenärzte die Grundlage für ein Maßnahmenpaket geschaffen, um den zunehmenden Versorgungsproblemen in der Region Vogtland-Südsachsen entgegenwirken zu können. Zudem wurden Angaben zur vertragsärztlichen Versorgung, sonstigen medizinischen Einrichtungen sowie zur Demografie und Morbidität als auch zur Barrierefreiheit aktualisiert. Wobei insbesondere der barrierefreie Zugang zur Versorgung auf Grundlage einer Befragung der vertragsärztlichen Teilnehmer ausgewertet wurde.

Der Bedarfsplan ist auf der Homepage der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (abrufbar unter: www.kvs-sachsen.de) veröffentlicht und kann dort eingesehen werden.

Dresden, den 8. Dezember 2021

Kassenärztliche Vereinigung Sachsen
Dr. med. Klaus Heckemann
Vorstandsvorsitzender der KV Sachsen

Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Feststellung des Jahresabschlusses 2020

Vom 8. Dezember 2021

Mit Beschlussfassung in Verbandsversammlung am 12. November 2021 hat der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau nach Durchführung der örtlichen Prüfung den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 festgestellt.

Gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 88c Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes

vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, wird der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss 2020 mit Rechenschaftsbericht und Anhang wird in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Karl-Marx-Straße 12a in 08066 Zwickau zu den üblichen Dienstzeiten ab

Montag, dem 3. Januar 2022

zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt.

Zwickau, den 8. Dezember 2021

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau
Steffen Ludwig
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Beteiligungsbericht 2020

Vom 23. November 2021

Der Kommunale Versorgungsverband Sachsen hat gemäß § 27 Absatz 1 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 106) in Verbindung mit § 63 der Sächsischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, und § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung in der

Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, den Beteiligungsbericht für das Berichtsjahr 2020 aufstellt und dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 23. November 2021 vorgelegt. Der Beteiligungsbericht wird in den Geschäftsräumen des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen, Marschnerstraße 37, 01307 Dresden, zur Einsichtnahme verfügbar gehalten.

Dresden, den 23. November 2021

Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
Müller
Direktor

Bekanntmachung des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020

Vom 23. November 2021

Der Verwaltungsrat des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen hat in seiner Sitzung am 23. November 2021 den Jahresabschluss des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgestellt:

1. Ergebnisrechnung 2020

Ordentliche Erträge	162 883 920,17 Euro
Ordentliche Aufwendungen	177 447 050,79 Euro
Ordentliches Ergebnis	-14 563 130,62 Euro
Außerordentliche Erträge	0,00 Euro
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 Euro
Sonderergebnis	0,00 Euro
Gesamtergebnis	-14 563 130,62 Euro

Das ordentliche Ergebnis von -14 563 130,62 Euro wird mit dem nicht durch Kapitalposition gedeckten Fehlbetrag verrechnet. Zusätzlich werden 4 056 702,15 Euro der Kapitalposition zugeführt. Der nicht durch Kapitalposition gedeckte Fehlbetrag erhöht sich damit insgesamt um 18 619 832,77 Euro.

2. Finanzrechnung 2020

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	160 019 470,56 Euro
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	102 038 604,16 Euro
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	57 980 866,40 Euro

Einzahlungen für Investitionen	65 300 000,00 Euro
Auszahlungen für Investitionen	111 254 442,27 Euro
Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	-45 954 442,27 Euro

Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag	12 026 424,13 Euro
--	--------------------

Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0,00 Euro
Einzahlungen aus Wertpapierverschuldung	0,00 Euro
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0,00 Euro
Auszahlungen für die Tilgung von Wertpapierverschuldung	0,00 Euro
Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00 Euro

Änderung des Finanzmittelbestands	12 026 424,13 Euro
-----------------------------------	--------------------

Einzahlungen aus Darlehensrückflüssen	0,00 Euro
Auszahlungen für die Gewährung von Darlehen	0,00 Euro

Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	177 678 506,97 Euro
Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	174 427 379,71 Euro
Zahlungsmittelsaldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	3 251 127,26 Euro

Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln	15 277 551,39 Euro
---	--------------------

Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00 Euro
Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00 Euro
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	15 277 551,39 Euro

Bestand an liquiden Mitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	10 306 632,32 Euro
Bestand an liquiden Mitteln am Ende des Haushaltsjahres	25 584 183,71 Euro

3. Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2020

Aktiva	
Anlagevermögen	960 689 669,13 Euro
Umlaufvermögen	37 925 294,33 Euro
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	8 395 519,08 Euro
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag	872 655 650,49 Euro
Summe Aktiva	1 879 666 133,03 Euro

Passiva	
Kapitalposition	4 056 702,15 Euro
Sonderposten	3 179 686,73 Euro
Rückstellungen	1 862 459 900,00 Euro
Verbindlichkeiten	2 777 590,40 Euro
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	7 192 253,75 Euro
Summe Passiva	1 879 666 133,03 Euro

Dresden, den 23. November 2021

Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
Müller
Direktor

Bekanntmachung der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2020

Vom 16. November 2021

Der Verwaltungsausschuss der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen hat in seiner Sitzung am 16. November 2021 den Jahresabschluss der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen für das Wirtschaftsjahr 2020 wie folgt festgestellt:

1. Jahresabschluss 2020

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva

Anlagevermögen	3 881 272 155,11 Euro
Umlaufvermögen	113 290 764,76 Euro
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14 935 662,54 Euro
Summe Aktiva	4 009 498 582,41 Euro

Passiva

Eigenkapital	1 645 853,84 Euro
Rückstellungen	4 001 934 707,03 Euro
Verbindlichkeiten	3 416 615,73 Euro
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2 501 405,81 Euro
Summe Passiva	4 009 498 582,41 Euro

Gewinn- und Verlustrechnung 2020

Summe der Erträge	363 406 224,23 Euro
Summe der Aufwendungen	127 378 356,00 Euro
Zuführung zur Rückstellung Zusatzrente	233 395 629,49 Euro
Zuführung zur Rückstellung ZusatzrentePlus	2 695 987,00 Euro
Jahresfehlbetrag	-63 748,26 Euro

2. Jahresergebnis

Der Jahresfehlbetrag wird der Verlustrücklage entnommen.

3. Die Verwaltung wird entlastet.

4. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 der Zusatzversorgungskasse wurden durch die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 13. August 2021 testiert:

„An die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen, Dresden

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen, Dresden – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigegefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Zusatzversorgungskasse zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigegefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Zusatzversorgungskasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von der Zusatzversorgungskasse unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen

umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks. Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab. Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES VERWALTUNGS-AUSCHUSSES FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zusatzversorgungskasse vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Zusatzversorgungskasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Zusatzversorgungskasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Zusatzversorgungskasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTES

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Zusatzversorgungskasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Zusatzversorgungskasse abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsamen Zweifel an der Fähigkeit der Zusatzversorgungskasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungs-

vermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Zusatzversorgungskasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zusatzversorgungskasse vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das

von ihm vermittelte Bild von der Lage der Zusatzversorgungskasse.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Dresden, den 16. November 2021

Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen
Müller
Direktor

Haushaltssatzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) für das Haushaltsjahr 2022

Vom 13. Dezember 2021

Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in Verbindung mit § 10 Absatz 4 des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) in der jeweils geltenden Fassung hat der Verwaltungsrat der SAKD in der Sitzung am 22. November 2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022, der die für die Erfüllung der Aufgaben der SAKD voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	15.093.000 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	15.093.000 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0 EUR
– Gesamtergebnis auf	0 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
– veranschlagten Gesamtergebnis auf	0 EUR

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.169.000 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.169.000 EUR

– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.408.000 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.408.000 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 EUR
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	0 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 450.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Weitere Festsetzungen gemäß § 74 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO:
Wertgrenzen:
Wertgrenze gem. § 4 Abs. 4 S. 4 SächsKomHVO: Maßnahmen bis zu einem Wert von 130.000 EUR können zusammengefasst werden.

Bischofswerda, den 13. Dezember 2021

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Kai Emanuel
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 48/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Herr Thomas Helmut Zwick, Friedrich-Viertel-Straße 102, 09123 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE96 8705 0000 3110 6674 43, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Thomas Helmut Zwick und Heidrun Silke Zwick, wohnhaft Friedrich-Viertel-Straße 102, 09123 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 49/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Frau Andrea Reichelt, Heinrich-Schütz-Straße 106, 09130 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Mietkautionssparbuches Nummer DE08 8705 0000 3353 1440 98, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Andrea Reichelt, wohnhaft Heinrich-Schütz-Straße 106, 09130 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 51/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE84 8705 0000 3100 4048 65, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Dieter Erdmann, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 52/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE71 8705 0000 3100 3841 47, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Hildegard Erler, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 53/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE03 8705 0000 3100 4249 47, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Rose-Marie Frey, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 57/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE25 8705 0000 3100 4533 60, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Eva Potjans, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 58/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE40 8705 0000 3100 4196 25, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Rosa Schwalbe, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 59/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE30 8705 0000 3100 4454 13, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Ursula Stahlmann, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 60/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE06 8705 0000 3100 3723 19, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Charlotte Tuchscherer, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. März 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 61/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 8. Dezember 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Der Diakonie-Sozialstation Oberlungwitz e.V., Wirkerweg 11, 09353 Oberlungwitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE25 8705 0000 3110 4507 62, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Karin Uhlig, wohnhaft Am Bach 7, 09353 Oberlungwitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 8. Dezember 2022 seine Rechte beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 9. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Zivilgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: Z 4 C 427/21

In Sachen Telekom Deutschland GmbH ././ Held Consultants GmbH wg. Forderung wird an Held Consultants GmbH, Dresdner Straße 52, 09337 Hohenstein-Ernstthal hiermit das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 9. Dezember 2021 nach §§ 185, 186 der Zivilprozessordnung öffentlich zugestellt. Das genannte

Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 234 eingesehen werden. Mit diesem Aushang werden die Schriftstücke öffentlich zugestellt. Es können damit Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 10. Dezember 2021

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Stellenausschreibungen

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 560 000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Im **Bauaufsichtsamt, Abteilung Bauaufsicht der Landeshauptstadt Dresden** ist die Stelle

Sachbearbeiter Bauaufsicht – Ingenieur (Hochbau/Architektur)
(m/w/d)
Chiffre: 63211201

zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet zu besetzen.

Bewerbung bis: 12. Januar 2022
Arbeitszeit: Vollzeit
Entgeltgruppe: 11 TVöD-V
Tätigkeitsbereich: Ingenieurinnen und Ingenieure

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- 30-Tage-Erholungsurlaub bei einer 5-Tage-Woche im Kalenderjahr
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Diese Aufgaben erwarten Sie

- Bearbeitung von Bauanträgen für die Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und den Abbruch baulicher Anlagen und von Vorbescheiden mit hoher Schwierigkeit
 - Entgegennahme und abschließende Wertung der Stellungnahmen der am Genehmigungsverfahren beteiligten Fachämter und Träger öffentlicher Belange im Zuge des aufgedrängten Fachrechts einschließlich Führen von Abstimmungen
 - Erteilung von Prüfaufträgen an Prüfengeure für Standsicherheit und Brandschutz und Wertung der Ergebnisse

- Erkennen der Notwendigkeit von rechtlichen Sicherungen, Veranlassung und Entgegennahme der Verpflichtungserklärungen, inhaltliche Prüfung auf Rechtmäßigkeit und Veranlassung der Eintragung in das Baulastenregister
- Verbescheidung der bearbeiteten Vorgänge
- Bauzustandsbesichtigungen
- Einleitung und Durchführung von bauaufsichtlichen Ordnungsrechtsverfahren nach Sächsischer Bauordnung und Verwaltungsverfahrensgesetz; Durchführung von Vor-Ort-Besichtigungen; Wertung der Stellungnahmen von Fachämtern, Behörden und Sachverständigen; Erlass von bauordnungsrechtlichen Verfügungen/Anordnungen; Einleitung von Bußgeldverfahren; Durchsetzung der Verfügungen/Anordnungen mittels Vollstreckungsmaßnahmen
- Abgabe von Stellungnahmen im Widerspruchsverfahren, Erledigung von Abhilfen nach Aufforderung, Zuarbeiten an das Rechtsamt bei Klagen, Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, Zuarbeiten an Vorgesetzte bei Beschwerden, Petitionen, Anfragen
- Auskünfte und Beratung während der Bearbeitungsphase von Bauvorhaben und außerhalb laufender Verfahren

Das bringen Sie mit

- abgeschlossene technisch-ingenieurwissenschaftliche Hochschulbildung, Diplom (FH, BA), Bachelor (FH, BA oder Uni) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen (vorzugsweise im Bereich Hochbau) oder Architektur

Sie sollten darüber hinaus

- einen Führerschein der Klasse B besitzen,
- über nachgewiesene zusätzliche Kenntnisse im Bereich Brandschutz (zum Beispiel Seminare, Fortbildungen, zusätzliche Berufsabschlüsse) verfügen,
- kommunikations- sowie entscheidungsfähig und sicher in Ihrem Auftreten sein.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerberportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Bis zum Abschluss des Auswahlverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung und des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes in maschinenlesbarer Form im Personalmanagementsystem gespeichert und ausschließlich für den Zweck dieses Verfahrens verarbeitet und genutzt. Ihre persönlichen Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.

Die **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland** beabsichtigt, **eine Stelle** als

staatlich anerkannter Erzieher (m/w/d)

zum 1. Januar 2022 zu besetzen.

Wir suchen ...

... eine zielstrebige, fachlich kompetente und belastbare Persönlichkeit mit einem hohen Maß an Engagement und Eigeninitiative sowie Durchsetzungsvermögen.

Zu Ihren Aufgaben gehören im Wesentlichen:

- Betreuung von Kindern in den Bereichen Kindertagesstätte und Hort der Altersgruppen 0–12 Jahre
- Durchführen von therapeutischen und pflegerischen Maßnahmen, Anwenden der Methoden systematischer Verhaltensbeobachtung
- Erarbeiten eines mittel- oder langfristigen Erziehungsplanes
- Zusammenarbeit mit Eltern, Schulen und anderen Kindereinrichtungen
- Durchführen der erzieherischen und förderpädagogischen Maßnahmen

Wir erwarten:

- abgeschlossene Berufsausbildung als staatlich anerkannte/r Erzieher/in oder adäquate Qualifikation als staatlich anerkannte/r Heilpädagoge/in
- Verantwortungsbewusstsein gegenüber Kindern und deren Eltern
- Erfahrung bei der Betreuungstätigkeit mit Kindern erwünscht
- Kontaktfreudigkeit im Umgang mit Kindern und Integrationsfähigkeit
- interkulturelle Kompetenzen beziehungsweise Bereitschaft, sich diese anzueignen
- Bereitschaft zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung
- Bereitschaft zum flexiblen Einsatz in den Kindereinrichtungen der Stadt Reichenbach im Vogtland
- Führerschein/PKW zum Erreichen des Arbeitsplatzes
- Bereitschaft zur Qualifizierung
- Grundkenntnisse Englisch sind wünschenswert
- fundierte PC-Kenntnisse (Word, Excel, Internet, Soziale Medien)

Wir bieten:

- Einstellung unbefristet ab 1. Januar 2022
- Eingruppierung nach der Entgeltgruppe S 8a TVöD-SuE
- Besetzung einer Teilzeitstelle mit monatlich variabler Arbeitszeit, das heißt Arbeitszeit in Abhängigkeit der zu betreuenden Kinderanzahl, Rahmen 32 bis 40 Stunden/Woche
- Probezeit sechs Monate
- Betriebliche Altersvorsorge

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Bewerbungen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Qualifizierungsnachweisen und Impfstatus **bis zum 31. Dezember 2021** an **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland, Stabsstelle, Abt. Hauptverwaltung/Personalwesen, Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland, E-Mail: personalwesen@reichenbach-vogtland.de**

Weiterhin ist der Antrag auf ein **erweitertes Führungszeugnis** nach § 30a Absatz 1 Nummer 2 des Bundeszentralregistergesetzes als Belegart OE von Ihnen bei Ihrer Meldebehörde zu stellen. Bei Antragstellung ist diese Stellenausschreibung der Meldebehörde vorzulegen. Das Führungszeugnis wird direkt an die Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland versendet und ist Grundvoraussetzung für eine eventuelle Einstellung. Als Beantragungsnachweis ist die Quittung der Bewerbung beizufügen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir als Einrichtung des öffentlichen Dienstes für die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten können.

Datenschutzhinweise: Mit Ihrer Bewerbung willigen Sie ein, dass Ihre Daten bis zur Beendigung des Auswahlverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.reichenbach-vogtland.de unter der Rubrik Service/Datenschutz.

Die Berufsakademie Sachsen ist eine Einrichtung des tertiären Bildungsbereiches. Sie führt Studierende in dreijährigen praxisintegrierten dualen Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science, Bachelor of Engineering oder Diplomingenieur (BA). Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an der Berufsakademie Sachsen und die praktischen Studienabschnitte bei einem anerkannten Praxispartner realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Breitenbrunn** ist folgende Stelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen:

**Professor_in für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
(m/w/d)
(Entgeltgruppe E 15 TV-L, Vollzeit, unbefristet)
Vorrangig im Studienbereich Wirtschaft,
Studiengang Internationales Tourismusmanagement
(Kennziffer BR 08/2021)**

Aufgabenprofil:

Erwünscht sind mehrjährige Erfahrungen in der Wissensvermittlung an Studierende, Kompetenzen in der Studienorganisation sowie fundierte Kenntnisse von wirtschaftlichen Strukturen, Prozessen und Unternehmen – vorwiegend im Dienstleistungs- und Tourismusbereich. Von Vorteil sind zudem Kenntnisse und Erfahrungen von beziehungsweise mit regionalen Wirtschaftskreisläufen.

Die Übernahme von weiteren Schwerpunkten soll mindestens in einem der folgenden Bereiche liegen:

- Spezielle Betriebswirtschaftslehre (zum Beispiel Tourismusbetriebswirtschaftslehre)
- Wirtschaftsmathematik
- Externes und Internes Rechnungswesen
- Controlling

In der inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung sowie zur effizienten Gestaltung der wissenschaftlichen und praktischen Studienphasen sind ausgeprägtes fachdidaktisches Geschick, fachpraktische Erfahrungen als kompetenter Gesprächspartner für die dualen Praxispartner sowie Erfahrungen und Kenntnisse bei der Betreuung von Studierenden und in der Organisation von Studienabläufen erforderlich.

Alle Bewerber_innen müssen die folgenden Einstellungsvoraussetzungen erfüllen:

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes (zum Beispiel Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Tourismusbetriebswirtschaftslehre, Controlling, Business Management).
2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, hochschuldidaktische Qualifikationen und durch eine Probeveranstaltung (Probenvortrag, Probelehrveranstaltung) nachgewiesen wird.

3. **besondere Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit**, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird;
4. **besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Der Arbeitsort ist die Staatliche Studienakademie in Breitenbrunn. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Die Art und der Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBl S. 602).

Die Vergütung dieser Stelle erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der Entgeltgruppe E 15.

Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis.

Die Staatliche Studienakademie Breitenbrunn begrüßt ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Bewerbungen Schwerbehinderter werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges, der fachpraktischen Berufserfahrungen und Lehrtätigkeit) sowie beglaubigte Kopien von Urkunden über akademische Vorbildung und Abschlüsse, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen und Veröffentlichungen und zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind mit Angabe der oben genannten Kennziffer **bis zum 3. Februar 2022**

online an: **bewerbung.breitenbrunn@ba-sachsen.de**
(Bitte verwenden Sie **eine** PDF-Datei für Ihre Online-Bewerbung mit folgender Kennzeichnung: BR_08_2021_Name_Vorname.

oder postalisch an die folgende Anschrift zu richten:

**Berufsakademie Sachsen
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn
Direktion
Schachtstraße 128
08359 Breitenbrunn**

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Die Berufsakademie Sachsen ist eine Einrichtung des tertiären Bildungsbereiches. Sie führt Studierende in dreijährigen praxisintegrierten dualen Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science, Bachelor of Engineering oder Diplomingenieur (BA). Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an der Berufsakademie Sachsen und die praktischen Studienabschnitte bei einem anerkannten Praxispartner realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Breitenbrunn** ist folgende Stelle zum nächsten möglichen Zeitpunkt, frühestens zum 1. Oktober 2022, zu besetzen:

Professor für Soziale Dienste (m/w/d)
(Entgeltgruppe E 15 TV-L)
vorrangig im Studienbereich Sozial- und
Gesundheitswesen, Studiengang Soziale Arbeit
(Kennziffer BR 09/2021)

Aufgabenprofil:

Die Bewerberin oder der Bewerber soll die Studienrichtung der Sozialen Dienste im Studiengang Soziale Arbeit leiten. Fachbezogene Kenntnisse in den Grundlagen der sozialpädagogischen und psychosozialen Beratung werden vorausgesetzt und sollen eigenständig im Studiengang Soziale Arbeit vertreten werden. Die Lehrverpflichtung ist in Vorlesungen, Seminaren und Übungen umzusetzen.

Erwünscht sind mehrjährige praktische Berufserfahrungen in der Sozialen Arbeit, speziell im Feld der Sozialen Dienste (zum Beispiel Allgemeiner Sozialer Dienst des Jugendamtes, Sozialer Dienst der Justiz, Sozialer Dienst im Bereich der Psychiatrie/des Krankenhauses im Allgemeinen). Weiter sind Kenntnisse (zum Beispiel in Form einer einschlägigen Zusatzqualifikation) und Erfahrungen in der Begleitung und Beratung von Familien und/oder Erwachsenen notwendig.

In der inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung sowie zur effizienten Gestaltung der wissenschaftlichen und praktischen Studienphasen sind ausgeprägtes fachdidaktisches Geschick, fachpraktische Erfahrungen als kompetenter Gesprächspartner für die dualen Praxispartner sowie Erfahrungen und Kenntnisse bei der Betreuung von Studierenden und in der Organisation von Studienabläufen erforderlich. Engagement und Einsatzfähigkeit für die Weiterentwicklung des Studienganges Soziale Arbeit werden vorausgesetzt.

Alle Bewerber_innen müssen die folgenden Einstellungsvoraussetzungen erfüllen:

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes (vorzugsweise Soziale Arbeit, Sozialpädagogik),
2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, hochschuldidaktische Qualifikationen und durch eine Probeveranstaltung (Probenvortrag, Probelehrveranstaltung) nachgewiesen wird,

3. **besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit**, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird,
4. **besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Der Arbeitsort ist die Staatliche Studienakademie in Breitenbrunn. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Die Art und der Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBI S. 602).

Die Vergütung dieser Stelle erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der Entgeltgruppe E 15.

Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis.

Die Staatliche Studienakademie Breitenbrunn begrüßt ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Bewerbungen Schwerbehinderter werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges, der fachpraktischen Berufserfahrungen und Lehrfähigkeit) sowie beglaubigte Kopien von Urkunden über akademische Vorbildung und Abschlüsse, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen und Veröffentlichungen und zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind mit Angabe der oben genannten Kennziffer **bis zum 3. Februar 2022**

online an: **bewerbung.breitenbrunn@ba-sachsen.de**
(Bitte verwenden Sie **eine** PDF-Datei für Ihre Online-Bewerbung mit folgender Kennzeichnung: BR_09_2021_Name_Vorname).

oder postalisch an die folgende Anschrift zu richten:

Berufsakademie Sachsen
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn
Direktion
Schachtstraße 128
08359 Breitenbrunn

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Die Berufsakademie Sachsen ist eine Einrichtung des tertiären Bildungsbereiches. Sie führt Studierende in dreijährigen praxisintegrierten dualen Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science, Bachelor of Engineering oder Diplomingenieur (BA). Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an der Berufsakademie Sachsen und die praktischen Studienabschnitte bei einem anerkannten Praxispartner realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Breitenbrunn** ist folgende Stelle zum nächsten möglichen Zeitpunkt, frühestens zum 1. Oktober 2022, zu besetzen:

Professor für Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit (0,5 VZÄ) (m/w/d)
(Entgeltgruppe E 15 TV-L)
vorrangig im Studienbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Studiengang Soziale Arbeit
(Kennziffer BR 10/2021)

Aufgabenprofil:

Die Bewerberin oder der Bewerber soll die rechtlichen Grundlagen einer professionellen Sozialen Arbeit im interdisziplinären Zusammenhang zwischen Rechts- und Sozialarbeitswissenschaft eigenständig im Studiengang Soziale Arbeit vertreten. Vertiefte fachbezogene Kenntnisse im Zivilrecht, Sozialrecht und Strafrecht (insbesondere Jugendstrafrecht) werden vorausgesetzt. Die Lehrverpflichtung ist in Vorlesungen, Seminaren und Übungen umzusetzen. Gefordert sind zudem ausdrücklich einschlägige berufspraktische Erfahrungen mit starkem Bezug zu Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit.

In der inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung sowie zur effizienten Gestaltung der wissenschaftlichen und praktischen Studienphasen sind ausgeprägtes fachdidaktisches Geschick, fachpraktische Erfahrungen als kompetenter Gesprächspartner für die dualen Praxispartner sowie Erfahrungen und Kenntnisse bei der Betreuung von Studierenden und in der Organisation von Studienabläufen erforderlich. Engagement und Einsatzfähigkeit für die Weiterentwicklung des Studienganges Soziale Arbeit werden vorausgesetzt.

Alle Bewerber_innen müssen die folgenden Einstellungs Voraussetzungen erfüllen:

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes (Rechtswissenschaftliches Hochschulstudium (1. und 2. Staatsexamen),
2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, hochschuldidaktische Qualifikationen und durch eine Probeveranstaltung (Probenvortrag, Probelehrveranstaltung) nachgewiesen wird,
3. **besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit**, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird,
4. **besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden**

in einer **mindestens fünfjährigen einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Der Arbeitsort ist die Staatliche Studienakademie in Breitenbrunn. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Die Art und der Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBl S. 602).

Die Vergütung dieser Stelle erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der Entgeltgruppe E 15.

Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis.

Die Staatliche Studienakademie Breitenbrunn begrüßt ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Bewerbungen Schwerbehinderter werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges, der fachpraktischen Berufserfahrungen und Lehrtätigkeit) sowie beglaubigte Kopien von Urkunden über akademische Vorbildung und Abschlüsse, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen und Veröffentlichungen und zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind mit Angabe der oben genannten Kennziffer **bis zum 3. Februar 2022**

online an: **bewerbung.breitenbrunn@ba-sachsen.de**
(Bitte verwenden Sie **eine** PDF-Datei für Ihre Online-Bewerbung mit folgender Kennzeichnung: BR_10_2021_Name_Vorname).

oder postalisch an die folgende Anschrift zu richten:

Berufsakademie Sachsen
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn
Direktion
Schachtstraße 128
08359 Breitenbrunn

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Die Regionale Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft Reichenbach/Vogtland mbH ist ein privates Dienstleistungsunternehmen mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung. Gesellschafter der GmbH sind mit 51 % die Große Kreisstadt Reichenbach im Vogtland und mit 49 % die STENAU Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft GmbH & Co. KG aus Ahaus. Das Unternehmen agiert vom Standort Reichenbach im Vogtland in die Region.

Das Dienstleistungsangebot umfasst Beleuchtungstechnik, Elektroarbeiten, Straßen- und Umweltdienste sowie Grünanlagenpflege und Hausmeisterservice. Das Unternehmen weist eine Bilanzsumme von circa 1,9 Mio. Euro aus und beschäftigt mehr als 40 Mitarbeiter.

Wir suchen ab sofort, spätestens zum 1. März 2022, einen alleinvertretungsberechtigten

Geschäftsführer (m/w/d)

Zu Ihren Aufgaben gehören:

- Wirtschaftliche Steuerung des Unternehmens: Strategische und operative Unternehmensführung
- Kundenakquise
- Finanzplanung und Controlling
- Kontinuierliche Abstimmung und Vernetzung mit strategischen Partnern
- Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie

Wir erwarten:

- Einen Studienabschluss auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft/Kommunalwirtschaft oder als staatlich geprüfter Techniker (für Bautechnik oder Garten- und Landschaftsbau) oder eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung
- Erfahrung in der Unternehmensführung
- Erfahrungen im kommunalen Dienstleistungsbereich sind von Vorteil
- hohe sowie zeitlich flexible Einsatzbereitschaft
- hohes Maß an Effizienz, Engagement, Überzeugungskraft und Belastbarkeit

Darüber hinaus zeichnen Sie sich durch unternehmerisches Denken, eine eigenständige und verantwortungs-

bewusste Arbeitsweise, Kundenorientierung sowie einen kooperativen Umgang mit den Mitarbeitern und Aufsichtsgremien aus. Das vielseitige Leistungsspektrum und die damit verbundenen Möglichkeiten sind Antriebskraft für Ihr Handeln und wichtige Herausforderung zur ständigen Optimierung der Unternehmensprozesse. Das Engagement für kommunale Problemkreise setzen wir voraus.

Wir bieten eine vielseitige, verantwortungsvolle und interessante Aufgabe in einem leistungsfähigen Unternehmen. Die Anstellung erfolgt unbefristet mit einer Probezeit von einem Jahr.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Gehaltsvorstellungen und Angabe des möglichen Eintrittstermins, Zeugniskopien, Führungszeugnis und weiteren Qualifizierungsnachweisen **bis zum 3. Januar 2022** an die

Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Herrn Oberbürgermeister Raphael Kürzinger
Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland
E-Mail: personalwesen@reichenbach-vogtland.de.

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir für die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten.

Datenschutzhinweise:

Mit Ihrer Bewerbung willigen Sie ein, dass Ihre Daten bis zur Beendigung des Auswahlverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.reichenbach-vogtland.de unter der Rubrik Service/Datenschutz.